

Ergebnisse 1. Sitzung AG Mitreden – Mitgestalten 21.01.2019

Mitschrift BAGFW

TOP 1: Begrüßung und Einführung

- Die Diskussion soll anknüpfen an die Debatten der letzten Wahlperiode.
- Parallel wird es Online-Befragungen zu den AG-Themen geben, deren Ergebnisse in den Prozess eingespeist werden.
- Aufgabe der AG: Inhaltliche Arbeit, Kompromisslinien abklären
- Die AG fasst keine Beschlüsse hinsichtlich des zu erarbeitenden Prozesses, lediglich Ausloten der gemeinsamen Ziele, um nach Abschluss des Prozesses konstruktive Wege aufzeigen zu können.
- Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse soll der Gesetzesentwurf entstehen, anschließend wird es die gesetzlich vorgesehene Beteiligung geben.
- AG-Zusammensetzung: KiJuPolitiker Regierungsfraktionen, ASMK; GMK; kommunale Spitzenverbände, BAGFW, AGJ, Behindertenverbände, überörtliche Sozialhilfeträger, GKV, BV Ärzte, Kinder- und Jugendmedizin, Kinder- und Jugendtherapie, Bundes Jugend Kuratorium, 8 Gäste der Bundesressorts Kanzleramt, BMF, BMAS, BMG, Bildung Forschung, (...), Beauftragter Menschen mit Behinderung, Beauftragter Migration/Flüchtlinge, ... (nicht abschließend).
- Tonaufzeichnung der AG-Sitzungen für transparentes Protokoll, anschließend Löschung

TOP 2: Selbstverständnis und Arbeitsweise der Arbeitsgruppe

- Verfahren analog zum BTHG-Prozess. Arbeitspapiere: Zirkulation im Ressortkreis, 3 Wochen vor der Sitzung zur Kommentierung im geschützten Online-Portal an die AG, auch Stellungnahmen im PDF-Format möglich. Zur Vorbereitung der Sitzungen durch BMFSFJ. Spätere Kommentierungen werden für den Gesamtprozess berücksichtigt, können allerdings nicht mehr in die Vorbereitung der jeweiligen Sitzung einfließen.
Stellungnahmen sind im Kreis der AG öffentlich.
- Struktur der Arbeitspapiere: Wertneutrale Einführung in Thema, Handlungsbedarfe erörtern (nicht alle, einige à welche?), Darstellung von Handlungsoptionen, Bewertung in der Diskussion der AG mit Bewertungskriterien (abgeleitet aus KJHG, Handlungsauftrag Kindeswohl als zentrales Kriterium; Umsetzbarkeit, Verwaltung)
- Keine Entscheidung, nur Erörterung
- Protokoll der Sitzungen, Abstimmung im Umlaufverfahren, anschließend VÖ auf Webseite

Fragen und Anmerkungen:

- Zweifel an „neutraler“ Darstellung von Handlungsbedarfen à politische Wertung immer enthalten.
- Wie öffentlich sind die Papiere? Streuung in Verband zur Diskussion vorgesehen.
- BAGFW: 1. Welchen Charakter hat die UAG? 2. Wie funktioniert Einbeziehen aller Beteiligten? 3. Wie soll Konsultationspapier aussehen? Was steht am Ende des Prozesses?
- Einige Länder baten um Bezeichnung als „fachpolitische“ statt „politischer“ Diskussion, da Positionen ggf. nicht abgestimmt seien.

- Wer verfasst den Bericht? Abgestimmt? Konsens? S. 1.

Antworten und Erläuterungen:

- Der Abschlussbericht wird vom BMFSFJ erstellt.
- Papiere werden nach Abnahme durch die AG veröffentlicht.
- Betroffenenbeteiligung: Vorgesehen sind regelmäßige Berichte in jeder Sitzung.
- Für die Arbeit an Ressortschnittstellen BM: Ressorts sollen sich in den Prozess einbringen, nicht erst im Gesetzgebungsverfahren Stellung nehmen, Transparenz im Dialogprozess.
 BMAS: Erfahrungen aus BTHG: Grundpositionen aus Verbänden binnen 3 Wochen grundsätzlich machbar. Unterschiedliche Positionen der Ressorts seien darstellbar, daraus Ableitung von alternativen Handlungsoptionen möglich. Zu erwarten sei vermutlich kein Kompromisspapier, sondern ein Abschlusspapier mit unterschiedlichen abgebildeten Positionen.
 Arbeitspapiere werden den Ressorts vorher geschickt, bevor sie in die AG kommen.
 Kanzleramt hat Anlehnung an BTHG-Prozess begrüßt.
- Handlungsoptionen ergäben sich aus der Fachdebatte. Falls etwas nicht abgebildet sein sollte, gerne einbringen.

TOP 3: Inhaltliche Gestaltung der AG: Zielperspektiven, Struktur und Themen

- Inklusion sei als Querschnittsthema gesetzt, alles hängt mit allem zusammen, Grundlage KoA. Vorgabe: Weiterentwicklung auf Basis des KJSG
- 1. Thema: Kinderschutz. Dies soll wegen der Zeit so bleiben, alle anderen Themenblöcke sind hinsichtlich der Zuordnung der Aspekte noch variabel.

Anmerkungen:

- Inklusion von Kindern mit Behinderung sollte als separater Punkt erscheinen und in allen Bereichen mitgedacht werden.
 Fremdunterbringung: Pflegekinder mit Behinderung als eigener Themenkomplex
- BAGFW: Finanzierung von Inklusion sollte thematisiert werden.
 In KJSG ist Inklusion nicht explizit benannt, auch nicht im KoA. Ist es trotzdem Thema?
- Ehrenamtliche/hauptamtliche Vormünder sollte bei Kindesinteressen diskutiert werden.
- Psychisch kranke/chronisch kranke Eltern sollten als eigenständiges Thema behandelt werden.
- BMAS Abt. 5: Inklusion/Übergänge: Inklusive Lösung ist anzustreben, als gezielte Lösungsoption im Rahmen des Prozesses behandeln
- Hess. SM: UMA-Betreuung
- Kooperation sollte auch im 2. Themenfeld behandelt werden.
- Länder bringen Finanzierung als Thema schon mal in Stellung
- S3-Leitlinie soll in Prozess mit einbezogen werden; Eingliederungshilfe muss für geflüchtete Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus gelten.
- Stärkung von Jugendverbänden sollte mitdiskutiert werden.

Antworten:

- KoaV: Behindertenhilfe ist zu beteiligen. Inklusion breit denken und im Prozess behandeln. Wird im Gesetzgebungsprozess zu behandeln sein.
- UMA: Kein ausdrücklicher Auftrag ans Haus aus KoaVerhandlung, daher nicht so vorgesehen.
- Finanzierung ist Querschnittsthema
- Hilfeplanung als Thema bei Beteiligung
- Vorschlag: AG-Sitzung zu Schnittstellen an den Schluss, um möglichst viel aus den anderen Sitzungen mitnehmen zu können. Und: Projekt an FH Speyer zu Strukturen in den Ländern Eingliederungshilfe und KiJuHi, zum Schluss des Prozesses liegen Ergebnisse vor und können in die Diskussion mit einbezogen werden.
- Pflegekinder mit Behinderung und Care Leaver als Thema ok.
- Psychisch kranke Eltern: AG wird in der ersten Jahreshälfte Ergebnisse vorlegen, werden einbezogen, ist auf Agenda
- Sachlage soll neutral dargestellt werden, auch Inklusion soll breit und ergebnisoffen diskutiert und Lösungswege aufgezeigt werden.
- Vorschlag zur Reihenfolge der Sitzungen:
 2. Kinderschutz am 12.02.
 3. Fremdunterbringung (Einrichtungen/Pflegeeltern) am 04.04.
 4. Prävention im Sozialraum am 12.06.
 5. Mehr Inklusion am 17.09.
- Fachöffentliche Debatte online vor den Sitzungen. Konkrete Fragen in der Online-Konsultation, registrierte Fachöffentlichkeit kann sich einbringen.

TOP 5: Unterarbeitsgruppe „Statistik und Quantifizierung“

- Auch aus Erfahrungen/Prozess BTHG, Entlastung der AG von Finanzdiskussion
- Aufgabe: Datenmaterial, Forschungsbefunde, Betroffenenbeteiligung aufbereiten/Datengrundlagen erarbeiten für die AG-Arbeit
- Vor- und Nachbereitung der AG-Sitzungen, Handlungsoptionen aus Finanzsicht bewerten
- Merchel Münster, Destatis, AKJStat, ... sind beteiligt (nicht abschließend).
- Keine Beschlüsse, keine Vorgaben
- Spezifische Fragestellungen können in die UAG eingebracht werden
- jeweils Einbezug von Gastexpert*innen vorgesehen.